

14. September 2022

## Interpellation

von Stephan Iten (SVP)  
und Samuel Balsiger (SVP)

Die Interessengemeinschaft (IG) Westtangente Plus plante, Ende September 2022 die Rosengartenstrasse und einen Teil der Hardbrücke für diverse Anlässe während 50 Stunden zu sperren.

Mit der Sperrung will die IG auf Lärm aufmerksam machen – und will aber mit Partys und Festständen auf dem erwähnten Strassenabschnitt selbst erheblichen Lärm verursachen. Das Anliegen ist auch aus diesem Grund unsinnig.

Was bisher aber nicht bekannt war ist, mit welchem Aufwand sich die Stadt Zürich an der geplanten Strassensperrung beteiligte. Gemäss Tages-Anzeiger vom 12. September 2022 sei dies mit mindestens 20 Experten und einem privaten Planungsbüro.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Die Interessengemeinschaft Westtangente Plus war massgeblich an der Abstimmung zum Rosengarten-Tunnel beteiligt. Ist der Stadtrat der Ansicht, dass diese IG eine unpolitische Organisation ist? Wenn ja, wieso?
2. Die Veranstaltung hatte gemäss Aussagen der IG Westtangente Plus einen politischen Zweck. Weshalb wurde diese nicht als politische Kundgebung behandelt?
3. Wieso setzte sich die Stadt Zürich mit einem solchen Aufwand für eine IG ein, welche ja offensichtlich eine politische Haltung vertritt?
4. Wie hoch waren die Kosten für die Stadt Zürich? Wir bitten um eine detaillierte tabellarische Auflistung sämtlicher Kosten inklusive des Zeitaufwandes einzelner beteiligter städtischer Personen, oder sogenannten Experten der Stadt Zürich mit Stundenansatz und den Kosten des privaten Planungsbüros.
5. Auf welchem Konto und in welchem Jahr wurden diese Unkosten budgetiert?
6. Hätte die Interessengemeinschaft Gebühren für die Nutzung des öffentlichen Grundes entrichten müssen? Wenn ja, wie hoch wären diese ausgefallen? Wenn nein, wieso nicht?
7. Wieso betrieb die Stadt diesen enormen Aufwand, obwohl davon ausgegangen werden konnte, dass der Kanton dies nie bewilligen wird?

8. Bei welchen weiteren ähnlichen Projekten hat sich die Stadt Zürich mit ähnlichem Aufwand beteiligt? Wir bitten um Auflistung dieser Projekte und deren Kostenaufwand.
9. Welche dieser Projekte wurden dann bewilligt und umgesetzt?
10. Würde die Stadt Zürich auch Kundgebungen anderer politischer Interessenverbände, wie etwa dem ACS oder dem Gewerbeverband, mit einem derartigen Aufwand unterstützen und begleiten, um diesen Verbänden zu helfen, deren politische Haltung zu verbreiten? Wenn nein, wieso nicht?

SLH

Samuel Badier